

## Selbstständige fordern Einbindung in Dialog über „Arbeit 4.0“ (April 2015)

Einen breiten, eineinhalbtägigen Dialog über die Zukunft der Arbeit hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) mit der Auftaktveranstaltung „Arbeit 4.0“ durchgeführt. Es ging um neue Formen der Arbeit, um die steigende Zahl von (Solo-)Selbstständigen und das Verschwimmen von Grenzen zur abhängigen Beschäftigung.

Weil auf die Podien Politiker und Wissenschaftler, Arbeitgeber und Gewerkschaften, aber **kein einziger Selbstständiger** eingeladen war, forderten Kleinunternehmer und Freiberufler auf der Kampagnenwebsite des Ministeriums und via Twitter, dass auch sie in den Dialog einbezogen und ihre berechtigten Anliegen gehört werden.

The screenshot displays a web interface for a campaign website. At the top, there are two sorting options: 'SORTIEREN NACH BELIEBTHEIT' (selected) and 'SORTIEREN NACH AKTUALITÄT'. Below this, a grid of user comments is shown. Each comment includes a text box with the user's input, a profile picture, the user's name and age, and a heart icon indicating the number of likes. The comments discuss various aspects of self-employment, such as the challenges of starting a business, the impact of social security contributions, and the need for better legal frameworks. At the bottom of the grid, there is a blue button labeled 'ALLE 150 BEITRÄGE'.

(In Originalgröße unter <http://www.arbeitenviernull.de/ihre-beitraege/liste/alle/nach-bellebtheit.html#c41>)

Andreas Lutz vom Verband der Gründer und Selbstständigen (VGSD) e.V. fordert in Richtung BMAS und Ministerin Nahles: „Reden Sie mit uns (Solo-) Selbstständigen, statt über uns. **Es gibt 2,5 Millionen Selbstständige** ohne Mitarbeiter, weitere 750.000 mit bis zu neuen Mitarbeitern, deren Interessen weder von Gewerkschaften noch Arbeitgebern vertreten werden. Wir möchten unsere Anliegen und die Auswirkungen politischer Entscheidungen auf uns gerne selbst vertreten und erklären können.“

Nahles hat angekündigt, im Mai einen Gesetzesentwurf „gegen den Missbrauch von Werkverträgen“ vorzulegen und spricht auch über die Einführung einer Rentenversicherungspflicht für Selbstständige. Schon jetzt führt die **Rechtsunsicherheit durch vage Gesetze** gegen Scheinselbstständigkeit dazu, dass bisher gut bezahlte Freiberufler keine Aufträge mehr erhalten und in die Arbeitnehmerüberlassung gedrängt werden. Lutz: „Das darf doch nicht das Ergebnis von Gesetzen sein, die vorgeblich zum Schutz von Selbstständigen beschlossen werden.“

Ansprechpartner für Presseanfragen:  
Dr. Andreas Lutz, Tel.: +49 (89) 5165 7980, [lutz@vgsd.de](mailto:lutz@vgsd.de)